

„Progressive Katholiken“ der DDR fordern neue Standortbestimmung der Kirche

Am 5. August 1972 veröffentlichte das Zentralorgan der Ost-CDU, „Neue Zeit“, ein „Offenes Wort von Katholiken in der Deutschen Demokratischen Republik“. Es erregte einiges Aufsehen, weil damit erstmals der sonst zahlenmäßig kleine Rahmen der sog. „progressiven Katholiken“ der DDR gesprengt wurde, der sich um die Ostberliner katholische Monatsschrift „Begegnung“ und die „Berliner Konferenz katholischer Christen aus europäischen Staaten“ (vgl. HK, Januar 1972, 8 ff.) schart.

Das angeblich von „mehreren tausend namhaften Gliedern katholischer Pfarrgemeinden“ (Neues Deutschland, 4. 8. 72) unterzeichnete Dokument beginnt mit der Feststellung, daß Mitarbeit bei der Lösung der Menschheitsprobleme und soziale Gerechtigkeit und Frieden verpflichtende Aufgaben für jeden Christen seien. Ebenso wie Millionen Katholiken in allen Erdteilen, die „Beispiele praktizierter christlicher Mitverantwortung für den gesellschaftlichen Fortschritt in der Welt“ geben, hätten auch die Katholiken in der DDR, wo „das Volk aus bitteren geschichtlichen Erfahrungen die Konsequenzen zog und die humanistische Gesellschaftsordnung des Sozialismus aufbaut“, „die Möglichkeit, ihren irdischen Pflichten immer besser gerecht zu werden“. Im beruflichen Leben und in der gesellschaftlichen Mitarbeit leisteten sie „oftmals Hervorragendes zum Nutzen unseres Volkes und zur Stärkung unseres Friedensstaates“. Es seien viele Glaubensbrüder in „leitenden Funktionen des Staates, der Wirtschaft, der Wissenschaft und Kultur tätig“. Dies berechtige zu der Feststellung, „daß Staat und Gesellschaft in der DDR auch von den Katholiken mitgestaltet wurden und werden“. Als Beleg für diese Behauptung nennen die Initiatoren der Unterschriftenaktion das traditionsbewußte katholische Eichsfeld, das „als Beispiel für das staatsbewußte Handeln der Katholiken in der ganzen Republik“ be-

zeichnet wird. Die Bewohner des Eichsfeldes hätten „ihr vom Kapitalismus vernachlässigtes, sozial rückständiges Gebiet zu wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt“ geführt.

Mehr „Staatsbejahung“ gefordert

Nach der theoretischen Erörterung des ersten Teils, in dem auch noch die Rede ist vom Einklang der „zur Wirklichkeit werdenden humanistischen Ideen des Sozialismus“ mit „den ethischen Prinzipien des Christentums“, von der „konsequenten Friedenspolitik unseres Staates“ und vom „Fehlen ermutigender Worte der Bischöfe und Priester“, folgen drei Hauptforderungen und Feststellungen, die den Katholiken und der Kirche „Rat und Hilfe bei der gesellschaftlichen Standortbestimmung und Neuorientierung“ bieten sollen.

Der erste Punkt zielt auf eine eindeutige Erklärung der Bischöfe der DDR zu der geplanten *europäischen Sicherheitskonferenz*. Die Geistlichen sollten den der Kirche und allen Katholiken der DDR erteilten Auftrag zum Friedensdienst fördern, während die Bischöfe darüber hinaus „alle staatlichen und gesellschaftlichen Bemühungen für die Erhaltung des Friedens, für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ unterstützen sollen. Schon mehrfach zuvor waren ähnliche Petitionen an die Ordinarienkonferenz herangetragen worden.

Im zweiten Punkt wird zunächst noch einmal festgestellt, die sozialistische Gesellschaftsordnung werde von der Mehrheit der Katholiken mitgestaltet. Diese Mehrheit sei sogar von der „Dauerhaftigkeit der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der DDR und vom künftigen Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt überzeugt“. Auf dieser Behauptung aufbauend, schließt sich einer der Kernsätze des „Offenen Wortes“ an: „Nur durch ein positives Verhältnis zu dieser unserer Gesellschaftsordnung kann

die Kirche in der DDR ihrem vom Evangelium erteilten Auftrag zum Dienst am Menschen gerecht werden. Wir bitten unsere Bischöfe und Priester, an einer gesellschaftsgerechten und zukunftsorientierten Profilierung der Kirche und ihres Wirkens in der DDR mitzuarbeiten.“

Schließlich im dritten Punkt findet sich die Forderung, die Kirche möge angesichts der „konsequenten Friedenspolitik“ eine „deutlicher als bisher“ erkennbare „staatsbejahende Position“ beziehen. Die erste Konkretisierung dieser staatsbejahenden Position sehen die Unterzeichner in der Durchsetzung der *nationalen Eigenständigkeit* der Kirche. „Als Kirche in einem souveränen Staat hat die Kirche in der DDR auch Anspruch auf nationale Eigenständigkeit im Rahmen der Weltkirche. Wir bitten unsere Bischöfe, die dafür erforderlichen Voraussetzungen erwirken zu helfen.“ Mit einer solchen Reaktion auf die Neuregelung der Diözesangrenzen jenseits von Oder und Neiße (vgl. HK, August 1972, 374 ff.) mußte gerechnet werden. Eine Erläuterung des Begriffs „nationale Eigenständigkeit“, wie sie dem Vertreter der „Neuen Zeit“ bei einem Pressegespräch in Dresden gegeben wurde, verdeutlicht diese Linie. Ihm wurde geantwortet, die Forderung richte sich an den Episkopat. Dieser solle sich dafür einsetzen, daß „die Grenzen der kirchlichen Jurisdiktionsbereiche in der DDR den staatlichen Grenzen angeglichen werden.“ Dies bedinge die Annullierung jedweder organisatorischen Abhängigkeit der kirchlichen Verwaltung z. B. von Schwerin, Magdeburg, Erfurt und Meiningen von Diözesen in der BRD.

Schützenhilfe der Nationalen Front

Die Adressaten des „Offenen Wortes“ sind in erster Linie die DDR-Synode und die Berliner Ordinarienkonferenz. Am 3. August wurde das Dokument durch eine Abordnung

der Initiatoren der Unterschriftenaktion der Zentralen Arbeitsstelle zur Vorbereitung der Pastoral-synode in Dresden übergeben. Gleichzeitig erfolgte die Zustellung an den Vorsitzenden der Berliner Ordinarrienkonferenz (in der „Neuen Zeit“ heißt es am 4. 8. 72 in einer Art Vorgriff auf die im Brief enthaltenen Vorstellungen: „dem Vorsitzenden der katholischen Bischofskonferenz in der DDR“), Kardinal *Bengsch*.

Auch die Synode wird in dem Aufruf direkt angesprochen. Die Unterzeichner erwarten von ihr „die Möglichkeit, den Standpunkt der Kirche in der DDR zu den hier aufgezeigten Fakten zu überprüfen und neu zu formulieren.“ „Wir bitten alle, die für die Pastoral-synode Verantwortung tragen, darum bemüht zu sein, daß diese Möglichkeit als eine große Chance für unsere Kirche recht genutzt wird.“ Aufgefallen ist die unterstützende *Aktivität der „Nationalen Front“*. Obwohl deren Schützenhilfe von offizieller Seite wohlweislich verschwiegen wird, ist bekannt, daß sie ihren Apparat zur Verfügung stellte, um das gesteckte Ziel von 30 000 Unterschriften zu erreichen. Von den Werbemännern wurde teilweise mit der Behauptung gearbeitet, jede Unterschrift bedeute eine „Hilfe für den Hl. Vater“. Da jetzt nur noch von „mehreren tausend“ Unterzeichnern die Rede ist und außerdem bei den verschiedenen Kommentaren und Berichten der DDR-Presse jeweils nur wahllos einige Namen herausgegriffen werden, dürfte feststehen, daß das Ziel bei weitem nicht erreicht wurde.

Störmanöver gegenüber der Synode?

Schon vor der Veröffentlichung des Textes hatte der Ostberliner Generalvikar *Th. Schmitz* in einem Schreiben an die Priester der Diözese erklärt, daß „es sich bei dem Verfasserkreis des vorgelegten Textes nicht um ein entsprechend der Wahlordnung zur Pastoral-synode anerkanntes kirchliches Gremium handelt“. Das Papier kann damit als eine der vielen privaten Synodeneingaben behandelt werden. Die Frage der versuchten „fremden Beeinflussung“, die das gesamte Synoden-Unternehmen zum Scheitern bringen könnte, ist allerdings damit noch nicht vom Tisch.

Das von den Autoren geforderte Be-

kenntnis zur DDR klammert selbstverständlich alle Punkte aus, die es wegen der Religionspolitik der SED der Kirche so schwer machen, den Staat zu bejahen. Das Vorpapier 5 („Apostolat und Welt-dienst“) der Synode spricht da viel konkreter. So heißt es z. B.: „Die grundsätzliche Festlegung des Staates auf eine atheistische Weltanschauung wirkt sich in vielen Bereichen aus, besonders im Bildungswesen und in der Kultur. Auf diese Weise kommen viele Christen in Gewissensnöte und

Ein neuer Kirchenkonflikt in Jugoslawien?

Es ist nicht leicht, die gegenwärtigen Spannungen zwischen Kirche und Staat in Jugoslawien bzw. in einigen seiner Republiken in der richtigen Perspektive zu sehen und sie weder unter- noch überzubewerten. Praktisch läuft dies auf die Frage hinaus, welche Gründe sich für diese Verschlechterung, die seit der kroatischen Krise um die Jahreswende 1971/72 zunehmend zu beobachten ist, erkennen bzw. mit großer Wahrscheinlichkeit annehmen lassen. Handelt es sich um ein von der Parteiführung nicht oder nur teilweise gedecktes Vorpreschen einzelner antiklerikaler bzw. antikirchlich eingestellter Parteiorgane auf den unteren Ebenen, oder gehen die staatlichen Übergriffe auf Parteidirektiven höheren Ursprungs zurück? Bahnt sich etwa ein Kurswechsel an oder suchen antikirchliche Kreise im Schatten der kroatischen Krise alte Rechnungen zu begleichen?

Verhaftungen von Priestern und Laien

Seit gut einem halben Jahr lassen sich vor allem in Kroatien, Dalmatien und in Bosnien-Herzegowina zunehmend *staatliche Übergriffe in das kirchliche Leben* beobachten, die die Katholiken und die Bischöfe stark beunruhigen. Am augenfälligsten sind die Verhaftungen einzelner Priester und katholischer Laien und ihre Verurteilung, eine Welle von Presseangriffen gegen die kirchlichen Persönlichkeiten und Stellen, Hausdurchsuchungen kirchlicher Gebäude, Maßnahmen gegen kirchliche Zeitschriften und die Behinderung des Baus neuer Kirchen oder kirchlich-pasto-

zusätzliche Schwierigkeiten.“ Insofern ist das „Offene Wort“ wohl auch als Reaktion auf die Vorpapiere zu verstehen. Was die Neuregelung der Diözesangrenzen angeht, so wird man kirchlicherseits sicherlich alles daran setzen, um eine zusätzliche Belastung der Synode zu vermeiden. Die Frage selbst dürfte nach einem eventuellen Abschluß eines Grundvertrages zwischen der Bundesrepublik und der DDR besonders akut werden, doch übereilte Änderungen sind hier kaum zu erwarten.

raler Zentren. Weniger ins Auge springen die Diskriminierung sozial höher gestellter Katholiken, vor allem von Lehrkräften und Ärzten, und die Forcierung des atheistischen Weltanschauungsunterrichtes in den Schulen.

Die oft erst in jüngster Zeit bekanntgewordenen Fakten liegen zum Teil schon weiter zurück. Anfang August wurde z. B. der Vizerektor der Zagreber Universität, *I. Cicak*, ein aktiver Katholik, vor Gericht gestellt. Zusammen mit drei kroatischen Studentenführern wurden ihm konterrevolutionäre Angriffe auf den Staat und das föderative System vorgeworfen. Sie sollen unter den kroatischen Studenten eine terroristische und nationalistische „Falange“ ins Leben gerufen haben. Der Katholik *Cicak* war im Frühjahr 1971 von den Studenten gegen den offiziell von der Partei gestützten Kandidaten zum Vizerektor gewählt worden. Sofort hatten sich in der gelenkten Presse Vorwürfe gegen die Kirche erhoben, diese habe die Wahl manipuliert und ihren Einfluß mißbraucht. *Cicak* selbst wurde als „Klerikalist“ und „Klerikalnationalist“ beschimpft.

Im Mai 1972 wurde der Guardian des Franziskanerklosters in Tuzla (Bosnien), *Z. Bosnjakovic*, vom Kreisgericht wegen „staatsfeindlicher Tätigkeit“ zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Gefängnisstrafen erhielten auch die mitangeklagten Laien *R. Borsic*, ein Rechtsanwalt, und *V. Divkovic*, ein Bibliothekar. Laut Anklage haben sie zusammen mit anderen Priestern und Laien in Tuzla ein Versammlungs- und Aktionszentrum ge-